

Bezirksamt als Jobvernichter?

Wir kämpfen um *jeden* Arbeitsplatz!

von Kurt Hemmerlein, stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion Lichtenberg

Es ist eine Schande, wenn das Bezirksamt einerseits mit viel Aufsehen ein Regionalmanagement zur Wirtschaftsförderung und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Bezirk Lichtenberg installiert, andererseits aber in seinen täglichen Entscheidungen ohne Not Existenzen und Arbeitsplätze gefährdet. Auf meine mündliche Anfrage in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 21.01.2004 zu „Umgestaltungsplänen des Bezirksamtes am Bahnhofsvorplatz Friedrichsfelde Ost“ war der Antwort der zuständigen Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung, Katrin Lompscher (PDS), zu entnehmen, dass es zwar keine Pläne zu einer baulichen Umgestaltung gäbe, wohl aber – auch auf Druck der S-Bahn

GmbH – eine „Verbesserung des öffentlichen Raumes“ durch die Umgestaltung des Marktes erfolgen solle, der Anzeichen von Vermüllung aufweise. Dafür sei es erforderlich von sogenannten ortsfesten Einrichtungen (feste Imbissbuden etc.) Abstand zu nehmen. So weit, so gut. Das klingt zunächst einmal sehr harmlos und durchaus positiv.

Der traurige Hintergrund der Anfrage war aber, dass die Abteilung Stadtentwicklung eine Genehmigung für einen „ortsfesten“ Imbiss auf dem Bahnhofsvorplatz nicht verlängert hat, obwohl Frau Lompscher dort eine Imbissversorgung – so ihre Antwort in der BVV – durchaus für wünschenswert hält. Durch diese Entscheidung ist die gesamte Existenz der Betreiberin des Imbisses mit

zwei Arbeitsplätzen gefährdet! Mittlerweile ist auch ein Gerichtsverfahren gegen die Entscheidung des Amtes anhängig. Selbst wenn rechtlich aber alles vertretbar sein sollte und auch die Sauberkeit nicht immer den Ansprüchen des Bezirksamtes genügt, muss man doch fragen, ob das Gewünschte nicht auf anderem Wege zu erreichen ist - ohne drohende Existenzvernichtungen und ohne Serviceeinschränkungen für Fahrgäste.

So ist das Ganze ist mal wieder ein abstoßendes Beispiel dafür, wie Anspruch und Wirklichkeit des PDS-Bezirksamtes meilenweit auseinanderklaffen.

Wir jedenfalls kämpfen um jede Existenz und jeden Arbeitsplatz!

Ein Hauch von Bundespräsidialamt im Kiez Frankfurter Allee Süd

Baubeginn für neues Nachbarschaftshaus im Frühjahr

von Birgit Monteiro, Geschäftsführerin der „Kiezspinne“ und Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg

Der Nachbarschaftsverein Kiezspinne FAS e.V. ist seit 11 Jahren im Lichtenberger Kiez Frankfurter

Allee Süd (FAS) präsent. Als sozio-kulturelles Zentrum knüpft er gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Kiezes

ein Netz zwischen kommunalen Einrichtungen, freien Trägern, Initiativen und Privatpersonen. Mit Hilfe von Fördermitteln der Europäischen Union aus dem Programm Urban II konnte das neueste Projekt des Ver-

eins gestartet werden: Ein leerstehendes Schulgebäude in der Schulze-Boysen-Straße 38 wurde zum Ende

des letzten Jahres abgerissen. An seiner Stelle entsteht bis zum Sommer 2005 ein neues Nachbarschaftshaus für die ca. 10.000 Einwohner des Kiezes. Nicht nur durch seine Form, einem zweigeschossigen, ovalen

Baukörper, sondern auch durch die Vielfalt seiner Angebote wird das neue Haus auf die benachbarten Kie-

ze und darüber hinaus ausstrahlen. Bis zur Fertigstellung des Neubaus hat die Kiezspinne mit den Projekten Bürgertreff, Afro-Kultur-Zen-

trum „Kubata“, Seniorentreff und Tier- und Umweltschutz in der Harnackstraße 25 (im Gebäude der ehemaligen Rudolf-Harbig-Grundschule) Unterschlupf gefunden.



Jugendpolitik – PDS muss Farbe bekennen

Damit die Zukunft nicht grau in grau ist

von Kerstin Beurich, Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg
und stellv. Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses

Seit mittlerweile über zwei Jahren **funktioniert die Zusammenarbeit des Jugendhilfeausschusses (JHA) der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg (BVV) mit der Verwaltung des Jugendamtes nur schleppend oder gar nicht mehr.** Selbstverständlichkeiten müssen häufig durch Anträge oder Anfragen in der BVV bekräftigt oder klargestellt werden. Gravierende Beispiele dafür sind, die Finanzierung der freien Träger der Jugendhilfe oder die Übertragung der Kindertagesstätten in freie Trägerschaft. Dabei wurden sogar Interessenten hingehalten. Versuche, Jugendfreizeiteinrichtungen oder Kita's mit unkonventionellen Methoden zu erhalten oder an freie Träger zu übertragen, lässt das Jugendamt oft an formalen Gründen scheitern. Auch bei der über die Bezirksgrenzen hinaus bekannten Jugendfreizeiteinrichtung „Linse“ **besteht eine große Diskrepanz zwischen Worten und Taten des Jugendamtes** in Bezug auf ihren Fortbestand. Durch dieses Verhalten werden Mitarbeiter und Eltern, insbesondere aber die Jugendlichen selbst, stark verunsichert. So verlieren sie letztlich das Vertrauen in Politik und Verwal-

tung. Es ist daher schon ein Hilferuf der besonderen Art, wenn drei Parteien (SPD, CDU und FDP) sich in der BVV im Januar genötigt sahen, **eine gemeinsame Anfrage zum Thema „Zukunft der Jugendpolitik“** an das Bezirksamt zu stellen. Welche grundsätzlichen politischen Konzeptionen, inhaltlichen Schwerpunkte, Qualitätsstandards und unverzichtbaren Grundangebote zur Umsetzung des Leitbildes eines kinder-, jugend- und familienfreundlichen Bezirks hat eigentlich das Bezirksamt? Das war unsere grundsätzliche Eingangsfrage. Zudem hatte sich in den vergangenen zwei Jahren bei uns viel Frust angestaut, der sich in vielen weiteren Fragen zu nicht oder nicht rechtzeitig umgesetzten Beschlüssen des JHA Luft machte: **Einstimmige Beschlüsse des JHA, der BVV und sogar des Bezirksamtes – wie beispielsweise zur Einrichtung der Babyklappe am Krankenhaus Lichtenberg oder den Erhalt der Kita-Küchen – wurden von der Leitung des Jugendamtes einfach ignoriert und nicht umgesetzt.** So konnte es nicht weitergehen! Ebenso werden die weitgehenden Kompetenzen des JHA in Fragen der Jugendhilfe re-

gelmäßig und manchmal sogar öffentlich in Frage gestellt. Hier hatten wir uns vom neuen Jugendstadtrat, Michael Räßler (PDS), ein härteres Durchgreifen erwartet. Er muss zukünftig entweder seine Führungsrolle gegenüber dem Jugendamt in erheblich stärkerem Maße wahrnehmen als bisher **oder die von der Lichtenberger PDS versprochene Kinder- und Jugendpolitik wird ad absurdum geführt.** Kurz nach der BVV im Januar wurde gleich der nächste Fehltritt des Jugendamtes bekannt: Im Dezember 2003 wurden (Grob fahrlässig?) keine zusätzlichen Erzieherinnen und Erzieher für die Lichtenberger Kita's bei der Senatsverwaltung für Finanzen angefordert, weshalb **seit Januar 2004 Eltern mit nachweislich dringendem Platzbedarf von bezirklichen Kindertagesstätten mangels freier Kapazitäten abgewiesen werden.** Dadurch droht den Betroffenen unter Umständen der Verlust des Arbeitsplatzes bzw. hätte durch die Aufnahme einer Beschäftigung bei Alleinerziehenden die Sozialkassen entlastet werden können. Es ist eine unendliche Geschichte. **Farbe bekennen muss zu all diesen Vorgängen insbesondere die PDS-Fraktion.** Die Diskrepanz zwischen Wahlversprechen und täglichem Verwaltungshandeln muss endlich aufgelöst werden, wenn die PDS glaubwürdig bleiben will.

Fraktion vor Ort informiert - Diesmal: Der Jugendhilfeausschuss

Der Jugendhilfeausschuss (JHA) ist neben der Verwaltung Teil des zweigliedrigen Jugendamtes der Berliner Bezirke. In ihm kommt die reformpädagogische Auffassung vom lebendigen Jugendamt und von demokratischer Mitwirkung und Mitverantwortlichkeit zum Ausdruck. Der JHA hat das Recht zur Beschlussfassung in allen Angelegenheiten der Jugendhilfe. Er nimmt damit die Verpflichtung wahr, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien zu schaffen bzw. zu erhalten. Werden die Rechte des JHA verletzt, so kann er dagegen rechtliche Schritte vor dem Verwaltungsgericht einleiten.

Impressum:
Herausgeber: SPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg,
Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin,
Tel.: 57795448 Fax: 57795449
e-mail: fraktion@spd-lichtenberg.de
web: www.spd-lichtenberg.de
V.i.S.d.P.: Kerstin Beurich
Redaktion und Satz:
Kerstin Beurich, Kurt Hemmerlein, B. Schymetzko